

ein mit Höllenstrafen tapeziertes Gebot zu machen. In diesem Sinne könnte – vermutlich sogar mit Aussicht auf einige Wirkung – auch in Fastenpredigten wieder über das Fasten gepredigt werden. se

Friedensgebet

Ein Papstvorschlag und sein Kontext

Die bisher bekanntgewordenen Reaktionen auf die Einladung des Papstes zu einem Friedensgebet von Vertretern nicht nur der christlichen Kirchen, sondern auch der anderen Weltreligionen waren durchweg *positiv*. Der Weltkirchenrat äußerte „großes Interesse“ an der Einladung Johannes Pauls II. nach Assisi, die EKD begrüßte den Vorschlag des Papstes ebenso wie der Erzbischof von Canterbury und der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes. Weitere positive Stellungnahmen dürften kaum ausbleiben: Schließlich genießt der gegenwärtige Papst weit über die katholische Kirche hinaus (und auch bei denjenigen in seiner Kirche, die sich mit manchen Zügen seines Pontifikats nur schwer anfreunden können) unbestrittenes Ansehen als Mahner zu Frieden und Gerechtigkeit über ideologische Schranken hinweg. Auch Franz von Assisi, an dessen Wirkungsort das ökumenische Friedensgebet gehalten werden soll (ein Datum dafür steht bisher noch nicht fest), ist eine Gestalt, die seit jeher nicht nur Katholiken fasziniert.

Der Papst sagte in seiner Ansprache am 25. Januar in Sankt Paul vor den Mauern, in der er das Gebetstreffen ankündigte, der Heilige Stuhl wolle dazu beitragen, eine *Weltgebetsbewegung für den Frieden* ins Leben zu rufen, die über die Grenzen der einzelnen Nationen hinweg die Gläubigen aller Religionen einbeziehe und die ganze Erde umfassen solle. Er fügte hinzu: „Interessante Initiativen in diesem Sinne sind bereits von einigen

Kirchen des Ostens und des Westens und einigen kirchlichen Vereinigungen ergriffen worden.“ Auch wenn Johannes Paul II. keine konkreten Beispiele nannte: Der Gedanke an den Vorschlag eines „*Friedenskonzils*“ wie auch an die vom ÖRK geplante Weltkonferenz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung liegt nahe. Gerade den Vorschlag *Carl-Friedrich von Weizsäckers* zu einem „Konzil des Friedens“ (vgl. HK, Juli 1985, 300–301) haben sich inzwischen auch verschiedene katholische Gruppen und Gremien zu eigen gemacht. So sprach sich etwa die Diözesansynode von Rottenburg-Stuttgart für die Teilnahme der katholischen Kirche an einem Friedenskonzil aus.

Schon jetzt läßt sich deshalb voraussehen: Auch wenn das geplante Gebetstreffen nicht nur zustande kommt, sondern sich auch als ein eindrückliches Zeichen der „großen“ Ökumene und der menschlichen Friedenssehnsucht erweist, wird die *Diskussion um das Friedenskonzil weitergehen*. So meinte der frühere EKD-Ratsvorsitzende *Lohse* in einer Reaktion auf die päpstliche Einladung, ein solches gemeinsames Gebet könne er nicht als Ersatz für das Friedenskonzil sehen, es gehöre aber in den ganzen konziliaren Prozeß hinein. Die Initiative Johannes Pauls II. dürfte also die Frage (von innen wie von außen) an die katholische Kirche nicht aus der Welt schaffen, wie sie sich zu den Plänen für ein Friedenskonzil stellt bzw. in welcher Form sie sich in den Prozeß einschalten soll.

Besonderer Handlungsdruck besteht allerdings derzeit nicht. Zwar gibt es gerade in den evangelischen Kirchen der Bundesrepublik (wie auch der DDR) inzwischen zahlreiche Voten zugunsten des Vorschlags *Carl-Friedrich von Weizsäckers*. Aber im Kommuniqué zur Sitzung des Rates der EKD vom 23./24. Januar, auf der die Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe zum „Konzil des Friedens“ beschlossen wurde, heißt es nicht umsonst: „Große Erwartungen und Sehnsüchte sind in der breiten Zustimmung zu dem Konzilsaufruf zum Ausdruck gekommen, ohne daß jedoch bereits

Klärungen für die Möglichkeiten einer Realisierung erreicht worden sind.“ Man sollte auf katholischer Seite weiterhin die Anliegen ernst nehmen, die sich in dem Wunsch nach einem Friedenskonzil äußern und die mit der vom Papst angeregten Weltgebetsbewegung für den Frieden nicht einfach abgedeckt sind. Es besteht aber kein Grund, sich von Diskussionen über Form, Zeitpunkt und Themen eines Friedenskonzils von der alltäglichen kirchlichen Friedensarbeit auf den verschiedenen Ebenen ablenken zu lassen. ru

Führungswechsel

Bischof Leich an der Spitze des DDR-Kirchenbundes

Nur wenige Monate nach der Wahl des Berliner Bischofs *Martin Kruse* zum neuen Ratsvorsitzenden der EKD (vgl. HK, Dezember 1985, 544–545) vollzog sich jetzt auch ein Führungswechsel an der Spitze des Evangelischen Kirchenbundes in der DDR. Die in Ost-Berlin zusammengetretene 60köpfige Bundessynode wählte am 2. Februar den thüringischen Landesbischof *Werner Leich* zum neuen Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen. Der 59jährige Leich tritt damit die Nachfolge des sächsischen Landesbischofs *Johannes Hempel* an, der den Kirchenbund seit 1982 leitete. Hempel kandidierte aus Rücksicht auf seine vielfältigen Verpflichtungen nicht mehr für das Amt des Kirchenbunds-vorsitzenden. Er ist Bischof der nach der Mitgliederzahl größten der acht evangelischen Landeskirchen in der DDR und amtiert seit der Vollversammlung von Vancouver als einer der Präsidenten des Weltkirchenrats.

Mit Leich wurde erneut ein Repräsentant der lutherischen Landeskirchen in der DDR Leiter des Kirchenbundes. Der seit 1978 amtierende thüringische Landesbischof, dessen Dienstsitz die Luther- und Bachstadt Eisen-